

Für die Grundschule und ihre Kinder!

Forderungen an Politik, Pädagogik und Gesellschaft

Die Grundschule arbeitet erfolgreich unter schwierigen Bedingungen. Seit 100 Jahren ist sie die einzige „gemeinsame Schule für alle Kinder“ in unserem Land. Darüber hinaus hat sie mit Sachverstand und Engagement viele Herausforderungen angenommen, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung erwachsen sind: Ganztagschule, Übergänge, Inklusion, Integration von Flüchtlingskindern sind nur einige Beispiele. Die Ansprüche der Gesellschaft an die Grundschule sind enorm gewachsen und die in ihr Arbeitenden sind dabei unter erheblichen Druck geraten. Es ist höchste Zeit, auch Schattenseiten und Missstände zur Sprache zu bringen und Änderungen einzufordern:

- Lehrerinnen, Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte fehlen in einem bedrückenden Ausmaß.
- Von einer sach- und fachgerechten Ausstattung kann vielerorts keine Rede sein, die pädagogische Infrastruktur ist teilweise marode oder gar nicht vorhanden.
- Schulversagen ist immer noch Alltag. Rund 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die Grundschule ohne ausreichende Kompetenzen im Lesen, Schreiben und in der Mathematik.
- Sachunterricht und musisch-ästhetische Bildung haben vielfach nur nachrangige Bedeutung. Grundschulen brauchen tatkräftige Unterstützung und konkrete Veränderungen. Die Bildungsansprüche der Kinder und der Weg zur inklusiven Schule verlangen eine entschiedene Bildungsoffensive.

Aufgefordert zum Handeln sind alle, die für die Grundschule und ihre Kinder Verantwortung tragen: die Pädagoginnen, Pädagogen und Eltern, die Bildungsverwaltungen, die Bildungs- und Finanzpolitik, eine kritisch-konstruktive Wissenschaft und eine Öffentlichkeit, der die grundlegende Bildung aller Kinder ein Anliegen ist.

Kinder brauchen

ein allseitiges Bildungsangebot

In der öffentlichen Wahrnehmung wie in der Schulpraxis drängen Teilbereiche des Deutsch- und Mathematikunterrichts als „Hauptfächer“ alle anderen Lernbereiche mehr und mehr in den Hintergrund. Die Rechtschreibleistungen der Kinder scheinen bisweilen für wichtiger befunden zu werden als alle anderen Lernfelder der Grundschule. Sachunterricht, die musisch-ästhetische Bildung und soziales Lernen haben faktisch nur noch einen nachrangigen Stellenwert. Dies steht im Widerspruch zu einem umfassenden Bildungsanspruch.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Die vielfältigen Potenziale aller Kinder sind durch die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Angebots

im musisch-ästhetischen Lernbereich und die Schaffung von Erfahrungsräumen für demokratisches, nachhaltiges und umweltgerechtes Handeln zu fördern.

- ▶ Allseitige Bildung verlangt eine rhythmisierte Struktur der Schultage. Die Unterscheidung von Betreuungszeit und Lernzeit muss überwunden werden, denn der ganze Schultag ist Bildungszeit, in der Persönlichkeitsbildung und soziales Lernen gleichermaßen bedeutsam sind. Die Stundentafeln sind zu flexibilisieren, damit Kinder fächerübergreifend, nachhaltig und kooperativ arbeiten können.
- ▶ Der Anspruch der Kinder auf allseitige Bildung verlangt die Intensivierung der allgemeinpädagogischen Grundlagen und der musisch-ästhetischen Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote an Universitäten, Studienseminaren und Lehrerfortbildungsinstituten.
- ▶ Eine anspruchsvolle und förderorientierte Grundschulbildung setzt die Erweiterung der Stundenkontingente für die einzelnen Fächer voraus und als Konsequenz mindestens 30 verbindliche Unterrichtsstunden pro Woche. Diese Erweiterung muss in allen Bundesländern umgesetzt werden, denn immer noch gibt es je nach Bundesland unterschiedliche Bildungszeiten für die Kinder in der Grundschule.

Kinder brauchen

ein kindgerechtes Leistungskonzept

Leistungsbeurteilung in der Schule steht im Widerspruch zwischen Entwicklungsfunktion (Förderung der bestmöglichen Lernentwicklung der Schüler/innen) und Steuerungsfunktion (Entscheidung über die weitere Schullaufbahn). Die frühe Auslese ist in einer inklusiven Pädagogik widersinnig, denn sie setzt den Förderauftrag außer Kraft und schadet damit allen Kindern. Dies bedeutet nicht den Verzicht auf Leistung – im Gegenteil: Alle Kinder sollen zu ihrer bestmöglichen Leistung herausgefordert und befähigt werden.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ In der Grundschule als inklusiver Schule ist auf jede Form von Auslese zu verzichten. Alle Kinder, gleich welcher Herkunft und welcher Leistungsfähigkeit, sollen gemeinsam lernen können und alle sollen die individuell nötige Unterstützung erhalten.
- ▶ Im Rahmen einer pädagogischen Leistungskultur haben Rückmeldungen über Lernprozesse und Leistungen zum Ziel, individuelle Entwicklungen zu erfassen, den Lernwillen jedes Kindes zu stärken und es zum weiteren Lernen zu ermutigen. An die Stelle von Ziffernzensuren, die die individuelle Lernentwicklung nicht abbilden, müssen sachbezogene und individuelle Rückmeldungen treten. Kinder müssen befähigt werden, über ihre Arbeitsziele und Lernwege mitzuentcheiden und ihre Lernergebnisse mit zu reflektieren. Dazu dienen zum Beispiel Lerntagebücher, Lerngespräche mit den Kindern und ihren Eltern und Portfolios als individuelle Leistungsnachweise.
- ▶ Eine solche pädagogische Leistungskultur ist an jeder Schule umzusetzen. Lehrkräfte müssen durch ihre Aus- und Weiterbildung und die Teamarbeit in ihrer Schule befähigt werden, eine derartige pädagogische Leistungskultur zu realisieren. Lehrkräfte und alle in der Schule pädagogisch Tätigen verständigen sich über eine kindgerechte leistungsförderliche Lernkultur und über die Bandbreiten der Entwicklungen, in denen die Kinder ihrer Schule tragfähige Grundlagen für ihr weiteres Lernen erwerben sollen.

► Die Wahl der weiterführenden Schulen ist von der Anforderung bestimmter Mindestnoten zu befreien. Die Entscheidung treffen die Erziehungsberechtigten des Kindes in eigener Verantwortung auf der Basis eines Beratungsgesprächs durch die Grundschule, das die gesamte Lernentwicklung des Kindes berücksichtigt und würdigt. Dieses Vorgehen löst allerdings nicht das grundsätzliche Dilemma der Aufteilung der Kinder in ungleichwertige Bildungsgänge.

Kinder brauchen

anregungsreiche Lernumgebungen

Die Grundschule ist strukturell unterfinanziert. Im Vergleich zu anderen Schulstufen und zu ökonomisch gleich starken Ländern besteht bei Gebäude-, Raum- und Sachausstattung erheblicher Nachhol- und Investitionsbedarf. Allein die Kosten für die dringend notwendige Sanierung maroder Grundschulgebäude werden auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt.

Der Grundschulverband fordert:

- Für jedes Bundesland ist ein pädagogisch orientiertes, verbindliches Raumkonzept zu entwickeln, das konkrete Angaben zu Gebäuden, Schulgelände und Sporteinrichtungen enthält. Einzu-beziehen sind Maßnahmen zum Schutz vor Lärm, störenden Lichteinflüssen und ökologischen Belastungen.
- Flexible Lern- und Fachräume, die alle an Schule Beteiligten zum individuellen und gemeinschaftlichen Arbeiten einladen, müssen geschaffen werden: für forschendes und entdeckendes Lernen, zum Musizieren, Theaterspielen und Gestalten, zur produktiven Nutzung von Medien aller Art, zur Kommunikation und Präsentation. Ein Veranstaltungsraum für Feiern, Feste und Versammlungen zählt zur Grundausrüstung.
- Eine gesundheitsfördernde Ausstattung muss Verpflichtung sein. Dazu gehören Schulküchen und Essensplätze für eine gemeinsame Esskultur, Bewegungs- und Spielmöglichkeiten im Innen- und Außengelände, Ruheoasen und Rückzugsmöglichkeiten sowie Räume für Beratung und Therapie.
- Teamarbeit verlangt geeignete und funktionale Arbeitsräume für das pädagogische Personal, insbesondere in der Ganztagschule.
- Jede Grundschule muss täglich eine Bildungs- und Betreuungszeit von 7 bis 17 Uhr anbieten. Alle Grundschulen sind zu Ganztagschulen auszubauen, um den zukünftig geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung qualitativ zu gestalten.

Kinder brauchen

eine qualitätsvolle Personalausstattung

Zum Nachteil der Grundschullehrkräfte werden Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland trotz gleichwertiger Ausbildung und Tätigkeit unterschiedlich bezahlt. Aktuell ist der Lehrermangel in der Grundschule besonders hoch und die Quote der Quereinsteiger folglich groß. Unterschiedliche Standortbedingungen von Schulen werden in der Personalzuweisung nicht bedarfsgerecht berücksichtigt.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Grundschulen benötigen eine personelle Grundausstattung in Höhe von mindestens 110 Prozent, um die Verlässlichkeit von Unterricht und Betreuung gewährleisten zu können. Für die ganz-tägige Bildung ist die verlässliche Einbindung weiterer Professionen abzusichern.
- ▶ Die Besoldung der Grundschullehrkräfte ist der in anderen Schulstufen in allen Bundesländern gleichzustellen, gleiche Aufstiegsämter müssen eröffnet werden. In die Arbeitszeitberechnung müssen Teamarbeit, Unterrichts- und Schulentwicklungsarbeit sowie Beratungstätigkeiten einfließen und durch Zeitkontingente unterlegt werden. Schulleitungen und Kollegien sind von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.
- ▶ Schulentwicklung braucht eine Qualifizierung der Schulleitungen und Steuergruppen, ausreichende Ausstattung und Unterstützung durch die Schulverwaltung. Die Qualifizierung von Quereinsteigern muss über Angebote für das Studium eines zweiten Fachs und den Erwerb von pädagogischen Kompetenzen gewährleistet werden.
- ▶ Zur langfristigen Sicherstellung einer hinreichenden Ausstattung mit ausgebildeten Lehrkräften muss die Lehrerbedarfsplanung der Länder von einer reaktiven auf eine proaktive Lehrerbedarfsberechnung und -planung auf der Basis einer soliden und kontinuierlichen Bevölkerungsprognostik umgestellt werden.

Kinder brauchen

eine inklusive Schule

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe an allen Errungenschaften der Gesellschaft – auch an der allgemeinen Grundschule. Kein Kind sollte gegen seinen Willen von der allgemeinen Schule ausgeschlossen werden. Mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland u. a. verpflichtet, das Bildungssystem inklusiv zu entwickeln. Die Bundesländer reagieren auf die Verpflichtung mit unterschiedlichen Vorgaben. Schulen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte fühlen sich mit der Umsetzung und der Entwicklung von Konzepten vielerorts überfordert.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Jedes Bundesland und alle Schulträger müssen ein umfassendes Inklusionskonzept entwickeln, das auf schulpraktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Dieses Konzept ist über einen Aktions- und Meilensteinplan für die Umwandlung aller Grundschulen des Landes zu inklusiven Schulen im Laufe von zehn Jahren zu konkretisieren.
- ▶ Schulpädagogische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren sind in allen Schulbezirken einzurichten.
- ▶ Assistenzkräfte für die pflegerische Betreuung und die pädagogische Begleitung von behinderten Kindern müssen für jede Schule eingestellt werden.
- ▶ Die Einrichtung von regionalen inklusiven Schwerpunktschulen für alle anderen Grundschulen eines Bezirks darf nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Inklusion darstellen.
- ▶ Inklusionspädagogische Pflichtveranstaltungen in allen lehramtsrelevanten Fächern und Fachrichtungen der Universitäten einschließlich der Fachdidaktiken sind einzuführen.
- ▶ Die Landesinstitute für Lehrerfortbildung und/oder die Universitäten müssen inklusionspädagogische Fortbildungsprogramme für alle in der Schule tätigen Pädagoginnen und Pädagogen an-

bieten, insbesondere für die so genannten „Quereinsteiger/innen“.

Kinder brauchen

längeres gemeinsames Lernen

Alle Kinder haben ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen, sprachlichen, sozioökonomischen oder kulturellen Herkunft sowie unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen und Lernvoraussetzungen das Recht auf gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. Trotzdem werden am Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe Kinder nach wie vor auf ungleichwertige Sekundarschulbildungsgänge aufgeteilt.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Die Kontinuität individueller Bildungsbiografien in einer inklusiven Schule darf nicht mehr durch die Auslese am Ende der Grundschulzeit behindert werden. Dafür sind entsprechende Bedingungen zu schaffen: Vor und am Ende der Grundschule treffen Einrichtungsleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte verbindliche Absprachen für die Übergänge. Unterrichtskonzepte, Lerninhalte und Förderansätze sind über Kooperation zwischen den Einrichtungen transparent zu machen und aufbauend zu gestalten.
- ▶ Eltern sind kontinuierlich in die Reflexion und Planung der Lernbiografien ihrer Kinder einzubeziehen.
- ▶ Die Einrichtung von Gemeinschafts- und Langformschulen vom ersten bis zum zehnten Schuljahr muss politisch gefördert, durch wissenschaftliche Begleitung unterstützt und über die Schulgesetze der Bundesländer abgesichert werden.

„Die für alle gemeinsame Grundschule“ hatte die Weimarer Verfassung 1919 beschlossen, aber nicht ihre Dauer festgelegt. Ein Jahr danach wurde die gemeinsame Schulzeit – nach heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen – auf nur vier Jahre begrenzt.

100 Jahre später ist diese zeitliche Einschränkung ein Anachronismus. Mit dem Blick auf die Zukunft gilt es heute, eine Strukturreform des deutschen Schulwesens bis zum Ende der Schulpflicht durchzusetzen, die alle Kinder und Jugendlichen einschließt.

Impressum:

Grundschulverband e.V. (Hg.):

Für die Grundschule und ihre Kinder! Forderungen an Politik, Pädagogik und Gesellschaft

Erschienen zum Bundesgrundschulkongress am 13./14.09. 2019 in Frankfurt a.M.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung des Grundschulverbands im Mai 2019

Redaktion: Ulrich Hecker, Maresi Lassek